5

Die Umsetzung

der Aktionsplattform im Fürstentum Liechtenstein 2005

Einleitung

1998 wurde die Umsetzung der Aktionsplattform erstmals veröffentlicht. Die Veröffentlichung erfolgt seitdem jährlich. In die Umsetzung der nationalen Strategien und Pläne sind verschiedene Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen involviert. Die Veröffentlichung der Aktionsplattform kann bei der Stabsstelle für Chancengleichheit bezogen werden.

5.1 Zur Situation in Liechtenstein – Rückblick auf die Umsetzung von 2004

Um die tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann zu fördern, wurde wiederum eine Reihe von Massnahmen ergriffen und umgesetzt. Hauptpunkte des siebten Umsetzungsplanes bildeten die Schwerpunkte: Umsetzung der Gender Mainstreaming Strategie, die Vertretung der Frauen in politischen Gremien, die Gewalt gegen Frauen in Ehe und Partnerschaft und die Vereinbarkeit von Familie und Erwerb.

Ausblick auf die Umsetzung von 2005

Am 8. März 2005 hat die Regierung den achten Umsetzungsplan des Massnahmenkatalogs beschlossen. In diesem Jahr wurden die Schwerpunkte auf die Vertretung von Frauen in politischen Gremien, auf die Vereinbarkeit von Familie und Erwerb und die Umsetzung der Gender Mainstreaming Strategie gelegt. Zudem wurde die Stabsstelle Gleichstellungsbüro zur Stabsstelle für Chancengleichheit umbenannt und um Themenfelder erweitert. Neu ist die Stabsstelle für Chancengleichheit neben der Gleichstellung von Frau und Mann für die Themenbereiche Migration und Integration, soziale Benachteiligungen, Behinderung und sexuelle Orientierung zuständig. Für die erweiterten Themenbereiche werden ab

2006 eigene Massnahmenkataloge entwickelt und von der Regierung zur Kenntnis genommen. Neu werden in der Aktionsplattform auch die erweiterten Themenbereiche der Stabsstelle für Chancengleichheit aufgeführt.

5.2 Das liechtensteinische Recht und internationale Abkommen

Europarat

Vorbereitung der sechsten Ministerinnen- und Ministerkonferenz

Am 8./9. Juni 2006 wird in Stockholm die 6. Minister/-innenkonferenz zur Gleichstellung von Frau und Mann durchgeführt. Die Konferenz wird die Errungenschaften des Gleichstellungsprozesses für die Menschenrechte und für die wirtschaftliche Situation in Europa behandeln.

Menschenhandel – Europaratskonvention

Liechtenstein hat sich an den Verhandlungen zur Ausarbeitung der Europaratskonvention gegen Menschenhandel aktiv beteiligt. Die Konvention wurde vom Ministerkomitee am 3. Mai 2005 verabschiedet.

Besuch des Menschenrechtskommissars in Liechtenstein

Im Dezember 2004 besuchte der Menschenrechtskommissar des Europarates, Alvaro Gil-Robles, Liechtenstein. In seiner Berichterstattung hat der Menschenrechtskommissar Empfehlungen ausgesprochen. Für den Bereich Gleichstellung von Frau und Mann empfiehlt er an den Bemühungen festzuhalten, die Gleichstellung von Frauen und Männern sowie die Massnahmen gegen die Gewalt gegen Frauen zu verbessern; die Anstellung einer grösseren Zahl Polizistinnen in Erwägung zu ziehen und die Bewusstseinsbildung der Polizei hinsichtlich der zur Verfügung stehenden Mittel

zum Einschreiten gegen die häusliche Gewalt zu stärken.

Vereinte Nationen
Sondersession der UNO Generalversammlung zu Peking +10
Die Session der Kommission für die Rechtsstellung der Frau (CSW) fand vom 28. Februar - 11. März 2005 in New York statt und markierte den zehnten Jahrestag der Vierten Weltfrauenkonferenz in Beijing. Neben einem Roundtable sowie Plenarveranstaltungen auf High-Level Ebene, in welchen die Umsetzung der Beijing Deklaration und Platform of Action im Zentrum standen, wurde am 4. März der Internationale Frauentag mit hochrangiger Beteiligung gefeiert. Liechtenstein war an der Session durch die Ständige Vertretung in New York vertreten. Sowohl im Rahmen der CSW als auch der Menschenrechtskommission, welche vom 14. März bis 22. April 2005 in Genf tagte, meldete sich Liechtenstein zu Wort. Die Statements sind unter www.newyork.liechtenstein.li abrufbar.

Die Förderung und der Schutz von Frauen ist ein zentrales Anliegen in der Internationalen humanitären Zusammenarbeit Liechtensteins. Über die UNO, die OSZE und den LED wurden auch 2005 verschiedene Frauenprojekte finanziell unterstützt.

OSZE
Besuch der Sonderbeauftragten zur Bekämpfung des Menschenhandels
Am 1. September 2005 besuchte Helga Konrad, Sonderbeauftragte der OSZE, Liechtenstein. Dabei traf sie sich mit Regierungsmitgliedern, Vertreter/innen der Landesverwaltung und mit Vertreter/innen von Nichtregierungsorganisationen. Frau Konrad wird über die geführten Gespräche einen Bericht

verfassen und an die Regierung übermitteln.

5.3 Gewalt gegen Frauen

Interreg-Projekt „Grenzen überschreiten – Grenzen setzen“

Das Projekt wurde im Juli 2004 abgeschlossen. Im Rahmen des Projekts entstanden unter anderem eine Notfallkarte, die in acht Sprachen übersetzt wurde und ein Leitfaden für Angehörige bzw. Freunde/innen. Die Notfallkarte und der Leitfaden wurden im Jahr 2004 erstmals an öffentliche Stellen versandt. Im 2005 wurden alle öffentlichen Stellen auf die Möglichkeit der Nachbestellung aufmerksam gemacht und die beiden Produkte neu versandt.

Zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen veröffentlichte die Stabsstelle für Chancengleichheit einen Artikel in den Landeszeitungen.

Opferhilfegesetz

Die Vernehmlassung zum Opferhilfegesetz wurde im Oktober 2004 abgeschlossen. Die Vorlage sieht vor, das Opferhilfegesetz auf zwei Säulen aufzubauen. Zentrale Punkte der Vorlage sind die Beratung der Opfer und finanzielle Hilfe. Dies heisst: notwendige Hilfe in medizinischer, psychologischer, sozialer, materieller und rechtlicher Hinsicht. Die Konzentration auf die Opfer, welche zu einem grossen Teil dem weiblichen Geschlecht angehören, setzt ein deutliches Zeichen.

Statistik zu häuslicher Gewalt

Die Landespolizei erfasst seit Inkrafttreten des Wegweisungsrechts die Interventionen bei häuslicher Gewalt. Seit der Einführung des Gewaltschutzrechtes wurden insgesamt 118 Interventionen durchgeführt. Davon wurde in 36 Fällen ein Betretungsverbot ausgesprochen. Im Jahr 2005 wurden 25 Interventio-

nen notwendig. Dabei wurde insgesamt in sechs Fällen ein Betretungsverbot verhängt. Die Betretungsverbote richteten sich ausschliesslich an Männer. In der Opferstatistik 2005 zeigt sich folgendes Bild: 11 gewaltbetroffene Frauen; 2 gewaltbetroffene Männer; 5mal waren der Mann und die Frau gewaltbetroffen bzw. gewaltausübend; 2 Kinder/Jugendliche waren von häuslicher Gewalt betroffen.

5.4 Frau und Wirtschaft

Finanzhilfen nach dem Gleichstellungsgesetz

Finanzhilfen nach dem Gleichstellungsgesetz erhielt das Haus Gutenberg. Das Haus Gutenberg beantragte die Finanzhilfe zur Durchführung eines Lehrgangs für Frauen in der Familienphase.

Umsetzung der Richtlinie 2002/73

Am 16. Dezember 2004 hat der Landtag die Richtlinie 2002/73/EG vom 23. September 2002 zur Änderung der Richtlinie 76/206/EWG des Rates zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung, zur Berufsbildung und zum beruflichen Aufstieg sowie in Bezug auf die Arbeitsbedingungen übernommen. Für die Umsetzung der Richtlinie bedarf es Änderungen im Gleichstellungsgesetz und im Arbeitsvertragsrecht. Die Änderungen beziehen sich unter anderem auf die Aufnahme von Definitionen zu mittelbarer und unmittelbarer Diskriminierung, zu Belästigung und sexueller Belästigung; die Beweislasterleichterung bei Belästigung und sexueller Belästigung; die Ausdehnung des Verbandsklagerechts auf Einzelpersonen; die Abschaffung von Höchstgrenzen bei Entschädigungen; die Schaffung von Stellen, die gewisse Aufgaben unabhängig ausüben können.

Der Vernehmlassungsbericht wurde interessierten Kreisen zugestellt. Stellungnahmen zum Vernehmlassungsbericht konnten bis zum November 2005 abgegeben werden. Der Bericht und Antrag wird dem Landtag voraussichtlich im Frühjahr 2006 vorgelegt.

Berufskarriereverläufe
Martina Sochin untersuchte im Rahmen eines Praktikums am Liechtenstein Institut Berufskarriereverläufe von Frauen und Männern, die in den siebziger Jahren aus der Realschule Eschen ausgetreten sind. Die Untersuchung wird im Februar 2006 einer breiten Öffentlichkeit präsentiert.
Die Untersuchung wurde von der Stabsstelle für Chancengleichheit finanziell unterstützt.

5.5 Frauen in Macht- und Entscheidungspositionen

Landtagswahl 2005
Der Frauenanteil im Landtag hat sich seit der Landtagswahl vom März 2005 von 12% auf 24% erhöht.
Zur Unterstützung der Kandidatinnen und zur Sensibilisierung der Wähler/innen haben die Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann, die Stabsstelle für Chancengleichheit und das Frauennetz eine Reihe von Aktionen durchgeführt. Zur Sensibilisierung der Wähler und Wählerinnen stellten sich die Aktionen folgendermassen dar: Durchführung einer Inseratekampagne in den Landeszeitungen; Veröffentlichung einer überparteilichen Unterstützungsliste mit allen Kandidatinnen; in den Zeitungen erschienen verschiedene Artikel, die dem Abbau von Vorurteilen gegenüber Frauen in politischen Gremien dienten; Inserate von Männern

geschaltet mit dem Grundslogan „Ich wähle Frauen“.
Zur Erhöhung der Medienpräsenz wurden die Kandidatinnen in die einzelnen Frauenorganisationen eingeladen; eine Radiodiskussionssendung ausschliesslich mit Kandidatinnen der Parteien besetzt und der Internationale Frauentag wurde den Landtagskandidatinnen gewidmet.

Politiklehrgang für Frauen
Je zehn Teilnehmerinnen aus Liechtenstein und Vorarlberg besuchten den 2. länderübergreifenden Politiklehrgang von Februar 2005 bis November 2005. Zu absolvieren waren die Module Standortbestimmung; politisches Engagement – die Herausforderung für mich?; Rhetorik und Argumentation; Einführung in politische Strukturen; Konfliktmanagement; PR und Medientraining sowie zum Abschluss: Das politische System Vorarlbergs und Liechtensteins – Theorie und Realität.

Der dritte länderübergreifende Lehrgang beginnt im Februar 2006 und wird wiederum von der Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann, der Stabsstelle für Chancengleichheit und dem Frauenreferat Vorarlberg durchgeführt.

Aktivierung des Frauenpools
Eine der Massnahmen aus der Untersuchung „paritätische Besetzung der Landeskommissionen mit Frauen und Männern“ lag darin, den Frauenpool zu aktivieren. Durch die Aktivierung der Datenbank Frauenpool konnte die Zahl der interessierten Frauen von 26 auf 70 Frauen erhöht werden. Die Parteien wurden in einem Gespräch mit Regierungsrätin Rita Kieber-Beck motiviert, den Frauenpool verstärkt zu nutzen. Die Datenbank Frauenpool kann bei der Stabsstelle für Chancengleichheit angefordert werden. Diese Möglichkeit besteht für Parteien, Gemeinden, Organisation und

Verbände, welche Frauen in Kommissionen nominieren.

Mentoring-Programm

Das Frauenreferat Vorarlberg und die Stabsstelle für Chancengleichheit Liechtensteins richteten ab Mai 2004 Mentoring-Points ein. Die Stabsstelle für Chancengleichheit führte mit den drei Mentoringpaaren aus Liechtenstein im 2005 ein gemeinsames Austauschtreffen durch.

Frauennetzwerken in Liechtenstein, St. Gallen und Vorarlberg

Wie im Mentoring beruht Networking auf dem Prinzip des Gebens und Nehmens. Ziel ist es, Informationen und Erfahrungen mit anderen auszutauschen und sich gegenseitig zu unterstützen. So soll Networking ein Beziehungsnetz aufbauen und pflegen, mit dem es gelingt, sich im Beruf gut zu entwickeln, als Unternehmerin oder Politikerin erfolgreich zu sein. Damit Frauen auch grenzüberschreitend von ihren verschiedenen Tätigkeitsfeldern erfahren, werden mit den Frauennetzwerken Gelegenheiten angeboten, sich kennen zu lernen und auszutauschen.

Im November 2005 wurde in Liechtenstein die erste Veranstaltung zum Frauennetzwerken durchgeführt. Für die Veranstaltung haben sich rund 100 Frauen aus Vorarlberg, St. Gallen und Liechtenstein angemeldet. Den Vortrag hielt Christa Joss. Sie ist die neue Chefin der Alternativen Bank Schweiz (ABS). Damit ist ABS die erste Schweizer Bank mit Frauen in den beiden höchsten Positionen. Die zweite Veranstaltung findet im Februar 2006 in Bregenz statt.

5.6 Institutionelle Mechanismen zur Frauenförderung

Stabsstelle für Chancengleichheit

Im Februar 2005 hat die Regierung die Erweiterung der Stabsstelle Gleichstellungsbüro zur Stabsstelle für Chancengleichheit beschlossen. Die Stabsstelle Chancengleichheit soll neu eine Anlauf-, Beratungs- und Koordinationsstelle für u.a. folgende Bereiche sein: Migration und Integration von AusländerInnen; Schule und Ausbildung; Arbeit; Gesundheit; Soziale Sicherheit; Behinderung; Alter; Religion und sexuelle Orientierung. Die Stabsstelle Chancengleichheit erledigt die Aufgaben im Bereich Gleichstellung von Frau und Mann im bisherigen Umfang. Die Stelle wird um folgende Aufgaben erweitert: Anlauf-, Koordinations- und Beratungsstelle für allgemeine Fragen der Gleichbehandlung und Chancengleichheit sowie Geschäftsführungsstelle der Kommission für Chancengleichheit. Durchführung von Massnahmen in den erweiterten Themenfeldern. Für die Wahrnehmung der zusätzlichen Aufgaben wurden der Stelle 100 Stellenprozente zugesprochen.

Schwerpunkte bildeten im Gleichstellungsjahr 2005 die Themenbereiche Frau und Politik; Vereinbarkeit von Familie und Erwerb und Gender Mainstreaming. Seit Oktober 2005 ist das Team der Stelle vollständig. Der Auf- und Ausbau der Stelle stellte einen weiteren Schwerpunkt dar. Dafür wurden u.a. erste Kontakte mit Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen geknüpft.

Die Stelle ist seit Dezember 2005 über das Landesverwaltungsportal unter www.scg.llv.li online. Auf dem Portal werden die Aufgaben der Stelle, Projekte, Publikationen und Vernetzungen der Stabsstelle aufgezeigt. Daneben werden weiterhin die Homepages www.3laenderfrauen.org und

www.-mannsbilder.li von der Stabsstelle betreut.

Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann

Das Thema „Frauen in politischen Gremien“ begleitete die Kommission auch über das Jahr 2005. Das von der Kommission gesetzte Ziel „7 Frauen im Landtag“ konnte mit heute 6 Madatarinnen und einer stellvertretenden Landtagsabgeordneten beinahe erreicht werden.

Die Kommission beteiligte sich im April 2005 am Nachwahlgespräch mit den Landtagskandidatinnen, diskutierte die Frauenwahlanalyse 2005 von Dr. Wilfried Marxer, legte ein Ziel für die Gemeindewahl 2007 fest, führte ein Gespräch mit den Parteien und Medien und entschloss sich zur 3. Durchführung des Politiklehrgangs. Im August traf sich die Kommission mit Regierungsrätin Rita Kieber-Beck zu einem Austauschtreffen und erörterte dabei die Themenfelder der Kommission.

Im Weiteren verfasste die Kommission in Zusammenarbeit mit der Stabsstelle für Chancengleichheit im Rahmen der Vernehmlassung Stellungnahmen zu folgenden Gesetzesänderungen: Gesetz über die Gleichstellung von Behinderten; zur Revision der betrieblichen Personalvorsorge; zur Umsetzung der Teilzeitrichtlinie im Arbeitsvertragsrecht und zur Revision des Gleichstellungsgesetzes und des Arbeitsvertragsrechts im Rahmen der Umsetzung der Richtlinie 2002/73.

Ständige Arbeitsgruppe zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann in der Landesverwaltung

Die Arbeitsgruppe erarbeitete im Jahr 2005 eine Stellenbeschreibung für die Arbeitsgruppe und einen Gesamtüberblick über Regierungs- und Nichtregierungsstellen, die sich mit Gleich-

stellungsfragen beschäftigen. Anschliessend organisierte die Arbeitsgruppe ein Treffen mit dem Lenkungsausschuss Gender Mainstreaming und dem Personalverband der Verwaltung. In diesem Austauschtreffen wurde eruiert, welche Schnittstellen vorhanden sind und eine mögliche Zusammenarbeit erörtert. Im September besichtigte die Arbeitsgruppe die Kindertagesstätte (Kita) der Landesverwaltung und diskutierte mit Christina Wohlwend, APO, über die Belegungszahlen und Erfahrungen mit der Kita in der Landesverwaltung.

Die Plakatkampagne „zur Gleichstellung von Frau und Mann“, welche von November 05 bis Februar 06 durchgeführt wird, greift die Themen Vereinbarkeit von Familie und Erwerb, sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz sowie Frauen in Führungspositionen auf. Dazu wurden Plakate entworfen, die sich auf kreative Weise mit dem Thema auseinandersetzen. Die Plakate werden an alle Amtsleitungen und Abteilungsleitungen in der Verwaltung, an die Gemeinden, an die öffentlich-rechtlichen Stiftungen und Anstalten und an die Privatunternehmen mit Landesbeteiligung versandt.

Unter dem Motto „Gleichgestellt entspannt sich’s leichter“ erhält diejenige Amtsstelle einen Wellness-Preis, welche die kreativste Idee zur Realisierung der Gleichstellung innerhalb der eigenen Amtsstelle/Abteilung präsentiert.

Im Weiteren veröffentlichte die Arbeitsgruppe im FLip einen Beitrag zum 10jährigen Jubiläum der Arbeitsgruppe und einen Beitrag zur Plakataktion und zum Wettbewerb „Gleichgestellt entspannt sich’s leichter“.

5.7 Soziale Stellung der Frau

Interreg-Projekt Frauenleben 50+ in Vorarlberg, Liechtenstein und St. Gallen
Die Gleichstellungsstellen von Vorarlberg, St. Gallen und Liechtenstein bereiteten im 2005 das Interreg-Projekt „Frauenleben 50+“ vor.
Liechtenstein, der Kanton St. Gallen und das Bundesland Vorarlberg sehen sich, wie fast alle westlichen Länder, mit einer starken Zunahme der Bevölkerungsgruppe der älteren Menschen konfrontiert. Diese Tendenz wird in den kommenden Jahren weitergehen und sich noch beschleunigen. Die Geburtenrate ist tief und die Lebenserwartung der älteren Menschen wird aller Wahrscheinlichkeit nach weiter steigen. In den am Projekt beteiligten Ländern ist die Lebenserwartung der Frauen höher als jene der Männer. Es wird angenommen, dass sich die Einkommens- und Vermögensverhältnisse zwischen Frauen und Männern in der genannten Altersgruppe stark unterscheiden und die Anforderung im Rahmen der Familienpflege für Frauen belastend ist. Die Resolution aus der Konferenz für Chancengleichheit für ältere Frauen in Politik und Gesellschaft vom Februar 2001 listet sieben Punkte auf, welche sich auf die Problematik der weiblichen Benachteiligungen beziehen. Es sind dies: Benachteiligung in schulischer und beruflicher Bildung; grösseres Risiko der vorzeitigen Ausgrenzung aus dem Arbeitsmarkt; höheres Armutsrisiko; eine grössere Arbeitsbelastung; höheres Isolationsrisiko; ein höheres Risiko chronischer gesundheitlicher Beeinträchtigungen und unzureichender Behandlung; Mobilitätseinschränkungen
und geringe Beteiligung an Entscheidungsprozessen und in der politischen Interessenvertretung.

Ziel des Interreg-Projekts ist, dass die unterschiedlichen Lebenssituationen und Bedürfnisse von Frauen und Männern im Alter ab 50 erkannt werden und entsprechende Angebote für Frauen und möglicherweise auch für Männer ausgebaut oder neu geschaffen werden. Das Projekt dauert von Januar 2006 bis Juni 2008.

5.8 Aus- und Weiterbildungen von Frauen und Mädchen

Gesamtrevision des Stipendiengesetzes

Das revidierte Stipendiengesetz trat im Sommer 2005 in Kraft. Durch die Vorauszahlung anfallender Ausbildungskosten über Stipendien bzw. Darlehen wurde eine Erleichterung für Frauen ohne Erwerb geschaffen.

Durchführung Workshopreihe „Weder Rambo noch Softie“

Nach der erfolgreichen Durchführung der Vortragsreihe „Weder Macho noch Muttersöhnchen“ beschlossen die Stabsstelle für Chancengleichheit und das Schulamt, dass es Folgeveranstaltungen zu diesem Themenbereich geben sollte. Von Januar 2005 bis April 2005 wurde die vierteilige Workshopreihe „Weder Rambo noch Softie“ durchgeführt. Zielgruppen für die Workshopreihe bildeten Väter und männliche Lehrpersonen. Der Workshop “Weder Softie noch Rambo“ und der Workshop „Bleib da Papa“ war für Väter aller Alterstufen gedacht. Der Workshop „Bis du ein Mädchen – oder was?“ richtete sich an Väter und Lehrer von Kindern vom Kindergarten bis zur 5. Klasse und der Workshop „Liebe, Sexualität und Konkurrenzkampf“ sprach Väter und Lehrer von Kindern

von der 6. bis zur 10. Klasse an.

Albert und Mileva Einstein in Raum und Zeit

Im Rahmen des naturwissenschaftlichen Forums am Gymnasium war in der Zeit vom 10. November bis 28. November 2005 die Ausstellung „Albert und Mileva Einstein in Raum und Zeit“ zu sehen. Als Rahmenprogramm organisierte die Stabsstelle für Chancengleichheit den Impulsvortrag „Mädchen und Technik“ mit Dr. Anne Gerhards und das Filmportrait „Einsteins Frau“.

5.9 Die Familie – Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit

Chancengleichheitspreis 2005

Am 8. März 2005 erfolgte die 6. Preisverleihung des Anerkennungspreises. Im Jahr 2005 wurde zum zweiten Mal der frauen- und familien-freundlichste Betrieb in Liechtenstein gesucht. Der erste Preis ging an die ReviTrust Treuhand Anstalt in Schaan. Der Wanderpreis wurde der ReviTrust für ihre Bemühungen um frauen- und familienfreundliche Arbeitsbedingungen zugesprochen. Hervorzuheben sind die Aufteilung von Frauen und Männern in den Führungsebenen sowie der Anteil von Führungskräften in Teilzeit. Die ReviTrust strebt eine ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern auf allen Ebenen an. Zu erwähnen sind zudem die verschiedenen Arbeitszeitmodelle und die individuellen Vereinbarungen für Wiedereinsteigerinnen sowie für Mitarbeitende bei einer veränderten Familiensituation. Der ReviTrust ist es ein Anliegen, das vorhandene Know-how dem Betrieb zu erhalten. Gleichermassen gefördert durch Weiterbildung werden Frauen wie Männer in Voll- und in Teilzeit. Im Weiteren ist die hohe Flexibilität zugunsten der Organisation

der Kinderbetreuung, der Schulzeiten oder von Familienterminen zu nennen.
Den 2. Platz belegte der Kleinbetrieb Centrum Drogerie in Eschen und den 3. Preis erhielt der MSE Personal Service aus Eschen.
Die Ausschreibung für die Betriebe erfolgt alternierend mit der Ausschreibung für Private und Organisationen. Die Ausschreibung für Einzelpersonen und Organisationen erfolgte im September 2005.

Wanderausstellung „Familie und Beruf in Balance“
Die Stabsstelle für Chancengleichheit holte die Wanderausstellung „Familie und Beruf in Balance“ der Gleichstellungskonferenz der Ostschweizer Kantone und des Fürstentums Liechtenstein ein zweites Mal nach Liechtenstein. 2005 war die Ausstellung von Oktober bis Januar 2006 in Liechtenstein zu sehen. Sie wurde in der VPB Bank in Triesen und Vaduz, in der Hochschule Liechtenstein, in der Musikschule Eschen und in der Stabsstelle für Chancengleichheit ausgestellt. Die Hochschule Liechtenstein organisierte im Rahmenprogramm einen Vortrag mit Prof. Eberhard Uhlich zum Thema „Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und anderen Lebenstätigkeiten – eine arbeits- und gesundheits-psychologische Perspektive“.
Die Ausstellung zeigt unter anderem, wie es um die partnerschaftliche Teilung von Familien- und Erwerbsarbeit in den Ostschweizer und Liechtensteiner Haushalten bestellt ist. Oder warum sich Kinderbetreuungseinrichtungen volkswirtschaftlich lohnen. Oder Betriebe, die positive Erfahrungen mit familiengerechten Massnahmen machen.

Tageschulstrukturen und ausserhäusliche Betreuung - Situation und Bedürfnisse

Um sich von der Bedürfnislage von Tagesschulstrukturen ein Bild machen zu können, wurde vom Schulamt eine quantitative Erhebung mittels Fragebogen bei den Eltern der Primarschüler/innen durchgeführt. Die Vollerhebung in allen Liechtensteiner Gemeinden konnte mit der Idee einer qualitativen Analyse mittels Interviews, ausgehend vom Amt für Soziale Dienste, ideal verknüpft werden.

Im Bericht wird dargelegt, dass neue Unterstützungsstrukturen gefragt sind. Als mögliche Lösungen werden ein Ganztageskindergarten jeweils im Ober- und Unterland; Pilottagesschulen in den Gemeinden, Tagesschulen auf Sekundarstufe sowie Mittagstische und Nachmittagsbetreuung vorgeschlagen.

Fond für Wiedereinsteigerinnen

Aus dem im Berufsimpulsjahr 2001 gebildeten Fond konnte im Jahr 2005 für drei Frauen eine Stipendienbevorschussung geleistet werden sowie einer Asylbewerberin die Möglichkeit zur Weiterbildung ermöglicht werden.

Männer im Gleichstellungsprozess – Projektgruppe MannsBilder

Die Stabsstelle für Chancengleichheit ist Koordinations- und Administrationsstelle für die Projektgruppe „MannsBilder“. Die Projektgruppe bearbeitete in den letzten drei Jahren die Themenbereiche Familie und Arbeit, Rollenbild und Identität, Religion und Spiritualität sowie Gesundheit und Psychohygiene. Anfangs 2005 wurde das gesamte Projekt evaluiert. Die Annahme von Angeboten durch die Männer ist sehr unterschiedlich. Sehr gut aufgenommen wurde beispielsweise der Vätertag oder die

Rechtsberatung für Männer in Trennungs- und Scheidungssituationen.
Das Projekt wurde um zwei Jahre verlängert und es wurde beschlossen, eine Umfrage bei Männern in Liechtenstein durchzuführen. Mit der Umfrage sollen die Wünsche und Bedürfnisse zu Angeboten erfragt werden. Dazu wurden 1000 Männer in Liechtenstein angeschrieben. Der Rücklauf betrug 16.4 Prozent. Die Auswertung lag im Januar 2006 vor. Aufgrund der Ergebnisse werden Angebote für Männer in Liechtenstein konzipiert.
Neben dem Vätertag und den Rechtsberatungen wurden vom Haus Gutenberg und der Erwachsenenbildung ein Vortrag und Väter-Kindtage angeboten. Im Juni 05 fand ein Treffen mit dem Projekt ForumMann aus dem Kanton St. Gallen statt. Christoph Popp, Projektleiter Forum-Mann, stellte die Aktivitäten im Projekt vor und es wurde eine Zusammenarbeit zu einzelnen Themen diskutiert. Im November wurden Männer in Trennungs- und Scheidungssituationen an eine Sitzung der Projektgruppe eingeladen. Die Betroffenen schilderten ihre persönliche Situation und sie brachten Verbesserungsvorschläge sowie die Bereitschaft ein, sich für das Thema zu engagieren.

Vätertag
Das Projekt Vätertag besteht aus zwei Teilen: Im ersten Teil besuchten die Kinder ihre Väter nachmittags am Arbeitsplatz. Im zweiten Teil wurden die Väter auf den 18. März 2005 eingeladen, ihre Kinder an deren Arbeitsplatz in den Schulen und Kindergärten zu besuchen. Dieser Einladung folgten rund 450 Väter.
Am 21. September 2005 wurde der zweite Vätertag in den Betrieben erfolgreich durchgeführt. Kinder, Väter und Betriebe, die den Vätertag wahrnahmen, sind vom Angebot begeistert.

Der nächste Vätertag in den Schulen findet im März 2006 statt.

5.10 Vernetzung

Frauennetz Liechtenstein

Das Frauennetz Liechtenstein umfasst derzeit 18 Organisationen. Seit November 2005 ist der türkische Frauenverein Mitglied des Frauennetzes und seit anfangs Januar 2006 der Verein „Frauen in guter Verfassung".

Im ersten Viertel des Jahres standen die Landtagswahlen 2005 noch im Zentrum des Geschehens. Neben der Nachwahlbefragung bei den Kandidatinnen veröffentlichte das Frauennetz einen offenen Brief zur „Abwahl" von Maja Marxer-Schädler als Regierungsrätin. Zudem veröffentliche das Frauennetz eine Stellungnahme zur Verfassungsabstimmung „Recht auf Leben".

Der Internationale Tag der Frau 2005 wurde wiederum vom Frauennetz geplant und wurde den Landtagskandidatinnen gewidmet.

Zum 20jährigen Jubiläum des Frauenstimm- und Wahlrechts in Liechtenstein lancierte das Frauennetz den Preis für Zivilcourage „DemoGrazia". Das Frauennetz übernahm die erste Trägerschaft für den Preis. Die Trägerschaft hat die Aufgabe Personen bzw. Gruppierungen für den Preis zu nominieren, das Preisgeld zu beschaffen, die Preisverleihung zu organisieren und durchzuführen und Öffentlichkeitsarbeit zu leisten. Das Frauennetz hat sich entschieden unter ihrer Trägerschaft ausschliesslich Frauen zu nominieren. Dazu hat sie zweimal über die Landeszeitungen einen Aufruf lanciert. Schlussendlich nominierte das Frauennetz neun Frauen bzw. Organisationen. Die Nominierungen werden dokumentiert und an die Jury weitergeleitet. In der Jury sind folgende Personen vertreten: Ingrid Hassler-Gerner, Land-

tagsabgeordnete von 1993 bis 2005; Heidi Hanselmann, Regierungsrätin St. Gallen; Bernhard Pleschko, Geschäftsführer Swarovski AG; Christian Pellini, Gewerkschaftsvertreter Vorarlberg; Matthias Ospelt, Kulturschaffender; Marie-Claire Monauni, Vertreterin des Frauennetzes und Bernadette Kubik-Risch, Leiterin der Stabsstelle für Chancengleichheit. Die erste Preisverleihung findet voraussichtlich im Oktober 2006 statt.

Vernetzung länderübergreifend

Die Stabsstelle für Chancengleichheit ist Mitglied der Gleichstellungskonferenz der Ostschweizer Kantone und des Fürstentums Liechtenstein. Die Stabsstelle für Chancengleichheit nahm an der Jahreskonferenz in Chur teil.

An der Eidgenössischen Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten nahm die Stelle an der Frühjahrs- und Herbstkonferenz teil. Die Herbstkonferenz wurde der Thematik „Zusammenarbeit der Gleichstellungsbüros mit Männerbüros und Männerinitiativen“ gewidmet. Die Stabsstelle engagierte sich schon in der Vorbereitung für die Konferenz, da Liechtenstein seit einigen Jahren einen speziellen Fokus auf die Männerarbeit legt. An der Konferenz selbst nahm auch ein Mitglied der Projektgruppe MannsBilder teil.

Enge Vernetzungen im Rahmen von Projekten werden mit dem Frauenreferat Vorarlberg, der Gleichberechtigungsstelle Chur und St. Gallen gepflegt.

5.11 Gender Mainstreaming

Lenkungsausschuss Gender Mainstreaming

Der Lenkungsausschuss begleitet und unterstützt die Stellen der Verwaltung, wel-

che sich am 3Länder-Gender-Projekt beteiligen.

Das Interreg-Projekt „3Länder-Gender“

Am 16. Dezember 2003 hat die Regierung beschlossen, sich mit Vorarlberg und St. Gallen am Interreg-Projekt „3Länder-Gender“ zu beteiligen. Das Projekt dauert von März 2004 bis Dezember 2006. Ziel des Projektes ist es für die Verwaltungen der drei Länder Unterstützung zur Implementierung von Gender Mainstreaming anzubieten.

Das Projekt hat folgende Inhalte: Einrichtung einer Website und anbieten einer Workshopreihe Gender Mainstreaming für Führungskräfte.

Seit dem 6. Dezember 2004 ist die Homepage www.-laendergender.org aufgeschaltet. Auf dieser Website werden best practice Beispiele zu Gender Mainstreaming in den Verwaltungen aufgelistet, zum Beispiel ein Leitfaden zum gendergerechten Formulieren bei Gesetzestexten oder die Möglichkeiten der Darstellung einer gendergerechten Personalstatistik. Es wurden Gender Mainstreaming Instrumente dargestellt und eine Expertinnendatenbank eingerichtet. Zudem sind die aktuellen Umsetzungsbeispiele aus den drei Verwaltungen auf der Homepage abgebildet.

Für Führungspersonen wurden im 2005 drei Workshops angeboten. Aus Liechtenstein beteiligen sich an der Schulung über Gender Mainstreaming das Amt für Volkswirtschaft, das Schulamt, die Stabsstelle für Kulturfragen, die Stabsstelle für Landesplanung sowie die Stabsstelle Finanzen. Das Amt für Volkswirtschaft realisierte das Umsetzungsbeispiel: „Zufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Amt für Volkswirtschaft“; die Stabsstelle für Landesplanung Gender Main-

streaming als Planungskriterium bei öffentlichen Bauten und Aussenräumen; das Schulamt „Kaderfunktionen im Schulbereich“; die Stabsstelle für Finanzen „Geschlechterspezifische Informationen des Management-Informations-Systems, MIS“ und die Stabsstelle für Kulturfragen „Eröffnung und Betrieb eines Künstler/innen-Ateliers“.

Am 13. Januar 2006 wurden an der Tagung „Länderübergreifendes Gender Mainstreaming in Politik und Verwaltung“ die Umsetzungsbeispiele Regierungs-mitgliedern und Führungspersonen aus den drei Verwaltungen vorgestellt. An der Veranstaltung nahmen rund 90 Personen teil.

Gleichstellungscontrolling

Im März 2005 hat die Regierung beschlossen, das Gleichstellungscontrolling mittels eines Pilotprojekts in der Landesverwaltung einzuführen. Gleichstellungscontrolling versucht – ausgehend vom Gender Mainstreaming-Ansatz – eine langfristige Verankerung der Gleichstellungsanliegen in den routinemässigen Planungs- und Steuerungsprozessen einer Organisation sicherzustellen. In Form von verbindlichen und überprüfbaren Gleichstellungszielen und –massnahmen, die regelmässig evaluiert werden, soll Gleichstellung als permanente, nicht delegierbare Führungsaufgabe in einer Organisation verankert werden.

Das Amt für Berufsbildung stellte sich als Pilotamt zur Verfügung. Für die Durchführung des Pilotprojekts wurde das Amt für Personal und Organisation und die Stabsstelle für Chancengleichheit beauftragt. Mittels eines Leitfadens wurde das Amt für Berufsbildung interviewt. Anschliessend wurde ein Auswertungsbericht erstellt und Ziele formuliert. Die Zielsetzung soll in den nächsten

Leistungsdialog der Amtsstelle einfliessen.
Anfangs 2006 wird der Regierung ein erster Zwischenbericht übermittelt.

5.12 Integration

Türkischer Frauenverein

Zum fünfjährigen Jubiläum führte der türkische Frauenverein gemeinsam mit dem Frauennetz Liechtenstein, dem Verein für Interkulturelle Bildung und dem Gemeinschaftszentrum Resch ein kulturelles Familienfest durch, an dem die Bevölkerung der türkischen und liechtensteinischen Kultur auf verschiedenste Weise begegnen konnte. Für die Begegnung mit der jeweils anderen Kultur wurde für die Erwachsenen ein Fragequiz geplant, in dem die Besucher/innen Antworten zu Liechtenstein und der Türkei in den verschiedenen thematisch gestalteten Räumen mit allen Sinnen erforschen konnten. Die Kinder konnten sich in einem Spielparcours vergnügen. Es nahmen rund 200 Erwachsene und rund 150 Kinder teil.

Bedarfserhebung nach bedürfnisorientierten Deutschsprachkursangeboten bei AusländerInnenvereinen, Betrieben und SprachkursanbieterInnen

Von der Stabsstelle für Chancengleichheit wurden rund 250 Betriebe, alle AusländerInnenvereine und die SprachkursanbieterInnen mittels eines Fragebogens bezüglich Sprachkursangeboten, Sprachkompetenz, Sprachkursnutzung befragt. Die Betriebe wurden zudem nach den Unterstützungsleistungen zur Förderung der Sprachkurskompetenz interviewt. Die Auswertung wird anfangs 2006 vorliegen.

Kommission für Chancengleichheit

Im März 2005 setzte die Regierung die Kommission für Chancengleichheit ein.

In der Kommission sind folgende Personen vertreten: Norbert Hemmerle, Vorsitz; Hans Peter Walch, Ausländer- und Passamt; Roland Marxer, Amt für Auswärtige Angelegenheiten; Dr. Hubert Büchel, Amt für Volkswirtschaft; Dr. Marcus Büchel, Amt für Soziale Dienste; Guido Wolfinger, Schulamt; Adrian Hasler, Landespolizei. Die Kommission für Chancengleichheit führte im 2005 drei Sitzungen durch. Themenschwerpunkt bildete die Erarbeitung eines integrationspolitischen Leitpapiers.

Besuche bei Amtsstellen und Nichtregierungsorganisationen

Seit November 2005 besucht die Stabsstelle für Chancengleichheit Amtsstellen und Nichtregierungsorganisation, die im Bereich Migration und Integration tätig sind. Ziel dieser Besuche sind Schnittstellen zu erkennen, Ansprechpersonen kennen zu lernen und festzulegen sowie die gemeinsame Zusammenarbeit zu diskutieren.

„Alle anders – alle gleich"

„Alle anders – alle gleich" ist eine Jugendkampagne des Europarats, die europaweit zu verschiedenen nationalen Projekten zur Sensibilisierung gegen Rassismus, Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und für politische Partizipation von Jugendlichen aufruft. Bereits vor zehn Jahren wurde diese Kampagne schon einmal europaweit erfolgreich ausgeführt und möchte daher – mit erweiterten Themenfeldern – noch einmal durchstarten. In Liechtenstein war diese Kampagne unter dem Motto: „alle anderscht - alle gliich" bekannt.

Projekte, die ihren thematischen Fokus auf Vielfalt und Verschiedenheit, auf Menschenrechte und Partizipation legen, sollen von und mit Jugendlichen von April 2006

bis November 2006 konzipiert und durchgeführt werden. Dadurch soll die demokratisch-politische Partizipation junger Menschen gefördert werden wie auch die Kontakte zwischen Jugendlichen, Jugendorganisationen, der Regierung und den Nichtregierungsorganisationen.
Das Amt für Soziale Dienste ist in Zusammenarbeit mit der Stabsstelle für Chancengleichheit für die Umsetzung der Kampagne verantwortlich. Im 2005 wurde eine Kerngruppe gebildet und ein Projektaufruf lanciert.

Plakatkampagne „Ohne Ausgrenzung“
Liechtenstein hat von der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR) die Möglichkeit erhalten, die Kampagne „Ohne Ausgrenzung“ zu übernehmen. Die Präventionskampagne «Ohne Ausgrenzung» der EKR will die breite Öffentlichkeit auf ganz alltägliche Situationen aufmerksam machen, in denen sich Menschen anderer Religion, Hautfarbe oder Herkunft in ihrer Würde verletzt fühlen können. Die Kampagne startet im März 2006.
Die Arbeitsgruppe gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus (AG R) wurde zusammen mit der Stabsstelle für Chancengleichheit beauftragt, die Kampagne in Liechtenstein zu realisieren. Im 2005 wurden von beiden Stellen Vorbereitungsarbeiten dazu geleistet.

Internationales Jugendtreffen
Vom 29. Juli bis 7. August 2005 fand in Liechtenstein und in der Schweiz ein Jugendtreffen unter dem Moto „to break taboos“ statt. 60 homo- und heterosexuelle Jugendliche aus zehn Nationen suchten an diesem Treffen nach Antworten und Lösungen für Problemfelder, welche jugendliche Homosexuelle berühren und ansprechen. Themen wie Depressionen, Suizid, Ausgren-

zung und Mobbing in der Schule sowie Sexualität und Gesundheit aus Sicht von homosexuellen Jugendlichen wurden behandelt.
Regierungsrätin Rita Kieber-Beck übernahm die Schirmherrschaft für die Veranstaltung.

Herausgeberin

Regierung des Fürstentums Liechtenstein
Ressort Familie und Chancengleichheit
Stabsstelle für Chancengleichheit

Vaduz, Februar 2006